

## Paraplüs - Initiativen Netzwerk GL Flüchtlingshilfe in Bergisch Gladbach



### Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020 in Bergisch Gladbach

Die Integration von Menschen mit einer Fluchtgeschichte stellt für die Stadt Bergisch Gladbach eine Herausforderung und gleichwohl große Chance dar. Insbesondere die Frage des Umgangs mit den Schutzsuchenden ist ein Gradmesser für Entwicklungen im humanitären Bereich, denn auch auf kommunaler Ebene werden wichtige Entscheidungen über die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen getroffen.

Wir, das [Netzwerk Paraplüs](#) - ein Zusammenschluss von aktiven Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe in Bergisch Gladbach - haben vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen folgende sieben Fragen zu flüchtlingspolitischen Eckpunkten entwickelt und diese allen zu Wahl stehenden Parteien bzw. Wählergemeinschaften und den Bürgermeisterkandidaten zur Beantwortung vorgelegt.

**1) Thema Wohnen:** Wie wollen Sie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Geflüchtete fördern? Einige Flüchtlinge müssen für das Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft unangemessen hohe Nutzungsgebühren zahlen, die teilweise weit über dem örtlichen Mietspiegel liegen. Was beabsichtigen Sie zu unternehmen, damit die Nutzungsgebühren in Gemeinschaftsunterkünften auf ein der Unterkunft angemessenes und zumutbares Maß gedeckelt werden? Welche Unterstützungsmaßnahmen werden Sie ergreifen, damit Geflüchtete (unabhängig von ihrem Status) so früh wie möglich in eine eigene Wohnung ziehen können?

**CDU & Christian Buchen** „Zunächst eine Vorbemerkung: Die CDU-Fraktion bewertet die gesamte Problematik von geflüchteten Menschen unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus. Bei der Frage nach Schaffung oder Förderung ‚bezahlbaren Wohnens‘ gilt Folgendes: Flüchtlinge, die sich im Prozess des Asylverfahren befinden, werden immer zuerst in städtischen Wohnungen/Unterkünften untergebracht, deren monatliche Kosten in allen Fällen das städtische Sozialamt übernimmt. In der letzten Zeit können auch Familien, deren integrative Bemühungen erkennbar sind, in private Wohnungen umziehen. Der angespannte Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach macht die Wohnungssuche schwierig. Durch die derzeit im Bau befindlichen neuen RBS-Wohnhäuser ist dennoch ein Angebot für diese kleine Gruppe vorhanden. Bei anerkannten Flüchtlingen, die ein Aufenthaltsrecht haben, oder bei so genannten Kriegsflüchtlingen ist das Job-Center für alle anfallenden Kosten zuständig. Die Sozial- und Flüchtlingsexpertin der CDU-Fraktion, Mechtild Münzer, engagiert sich seit vielen Jahren ganz persönlich und ehrenamtlich, wenn es zum Beispiel gilt, einer Flüchtlingsfamilie eine Wohnung zu beschaffen. Das gelingt ihr in erster Linie über das solidarische Zusammenwirken der ‚Sozialen-Netzwerk-Arbeit‘ und der guten Zusammenarbeit mit dem Sozialamt.“

„Auf den ersten Blick stimmt Ihre Feststellung der vergleichsweise hohen Kosten. Das liegt daran, dass sich zum eigentlichen Preis des reinen Wohnens in den Gemeinschaftsunterkünften noch weitere Kosten aufaddieren – für die Betreuung, für die Sicherheit, für die Nutzung von Gemeinschaftsräumen wie Küche und sanitäre Räumlichkeiten. Dadurch summiert sich der Preis mitunter über den örtlichen Mietspiegel. Wir wollen genau diesen Zustand in den einzelnen Unterkünften kritisch angehen. CDU-Fraktionsmitglied Mechtild Münzer hat auf diesem Hintergrund bei der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises angeregt, der sich jede einzelne Gemeinschaftsunterkunft vornehmen soll, um das Zustandekommen des jeweiligen Wohnpreises kritisch unter die Lupe zu nehmen. Wir denken, dass Reduzierungen möglich sind.“

„Jeder Flüchtlingsfamilie und jedem Einzelflüchtling möglichst rasch eine Wohnung zuzuweisen - das gibt der aktuelle Wohnungsmarkt nicht her. Deshalb sind die Unterkünfte gegenwärtig noch notwendig.“

**SPD** Die Integration geflohener Menschen kann in Gemeinschaftsunterkünften kaum gelingen. Eine erfolgreiche Integration setzt voraus, dass sie in einer Wohnung leben können, die u.a. auch ein Zugehörigkeitsgefühl zu unserer Gesellschaft vermittelt (z.B. gute Nachbarschaft). Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch Mangelware in Bergisch Gladbach; nicht nur geflohene Menschen, sondern auch viele andere Menschen mit geringem Einkommen haben deshalb erhebliche Probleme, Wohnungen zu mieten. Dies hat bereits jetzt zu einer sozialen Schieflage geführt.

Die Schaffung von bezahlbaren und insbesondere geförderten Wohnungen ist deshalb für die SPD eine der vordringlichen Aufgaben in der kommenden Ratsperiode. Hierzu haben wir u.a. folgende Forderungen formuliert: Um dem Preis- und Verdrängungswettkampf auf dem Immobilienmarkt entgegenzuwirken, muss die Stadt ihr Vorkaufsrecht nutzen und

Grundstücke in städtisches Eigentum bringen. Bei deren Vergabe müssen öffentliche und genossenschaftliche Bauträger besonders berücksichtigt werden. Wir werden durch eine aktive Stadtentwicklung und neue Bebauungspläne folgende Schwerpunkte setzen: mindestens 30 % geförderten Wohnraum, bevorzugte Vergabe an Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Baukonzepte.

**Grüne** Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen in Bergisch Gladbach ist grundsätzlich eine Herausforderung, der wir uns auch zukünftig stellen möchten. Der Handlungsspielraum der Stadt Bergisch Gladbach wird jedoch durch die frei verfügbaren Wohnflächen bestimmt und begrenzt: Leider kann die Stadt selbst nur begrenzt bezahlbaren Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung stellen. Hilfestellung liefert hier jedoch bereits aktuell die Rheinisch Bergische Siedlungsgesellschaft, die wir als GRÜNE nach allen Kräften unterstützen. Wir möchten uns außerdem dafür einsetzen, dass von städtischer Seite auch weiterhin immer wieder für die Vermietung privater Wohnungen an Geflüchtete geworben wird.

Als politische Partei haben wir keinen direkten Einfluss auf die Höhe von Nutzungsgebühren.

Die Unterbringung geflüchteter Menschen fällt in die Zuständigkeit der städtischen Verwaltung. Nur durch den Ausbau von Wohnangeboten können zukünftig hoffentlich mehr Geflüchtete früher in eigene Wohnungen ziehen. Wir kennen außerdem die guten Netzwerke, welche zwischen Geflüchteten und ihren schon länger hier wohnenden Landsleuten bestehen. Wenn Sie als Initiative Ideen haben, wie wir in diesem Bereich die Geflüchteten besser unterstützen können, finden Sie in unserer Fraktion immer ein offenes Ohr!

**FDP** Grundlage dafür ist eine allgemeine Verbesserung der derzeit schwierigen Situation auf dem Bergisch Gladbacher Wohnungsmarkt, die auf der Agenda der Freien Demokraten weit oben steht. Wir als FDP haben uns im Rahmen des FNP für eine Erhöhung des Wohnraumes und damit auch für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. Hierbei sollte die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum generell sozial schwachen Menschen zugutekommen und bei neuen Projekten im Wohnungsbau auf soziale Durchmischung geachtet werden und damit auch auf eine bestmögliche Integration von Geflüchteten.

Wir haben bereits mehrfach im Rat eine konkrete Übersicht über die Kosten der Flüchtlingsunterbringung beantragt, leider steht eine zufriedenstellende Antwort bisher aus. Es sollte unserer Ansicht nach geprüft werden inwieweit städtische Unterkünfte betroffen sind und was die Ursachen dieser hohen Kosten sind, ebenso sollte geprüft werden wie viele Flüchtlinge betroffen sind. Vermutlich braucht es hier Lösungen im Einzelfall.

Die vollkommene Unabhängigkeit vom Status sehen wir kritisch, v. a. bei Zuwanderern aus sicheren Herkunftsländern. Priorisierung müssen Geflüchteten mit Kindern, alleinreisende Frauen und ältere Geflüchtete haben.

**AfD** Die AfD setzt sich für bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger ein. Auf kommunaler Ebene möchten wir deshalb den sozialen Wohnungsbau stärker fördern, wobei wir das Modell der Genossenschaften bevorzugen. Hinsichtlich des Wohnraums für Asylbewerber fordern wir die klare Unterscheidung zwischen bleibeberechtigten und ausreisepflichtigen Asylbewerbern bzw. zwischen Asyl und Erwerbsmigration. Grundsätzlich ist Asyl ein Recht auf Zeit. Bei Nicht-Bleibeberechtigten ist die zentrale Unterbringung in Sammelunterkünften (z.B. Containerdörfer) im Hinblick auf die Vorbereitung auf eine Rückkehr zu bevorzugen.

Die AfD setzt sich grundsätzlich für bezahlbares Wohnen ein. Gemeinschaftsunterkünfte müssen herkömmlichen Standards entsprechen, Asylbewerber bei Reinigungsarbeiten etc. in die Pflicht genommen werden. Eine Sonderbehandlung von Asylbewerbern ist nicht vorgesehen, genauso wenig eine Übervorteilung.

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen. Die Gefahr falscher Anreize sehen wir auch in der Frage der eigenen Wohnung.

Wie oben beschrieben, befürworten wir keine pauschale Unterbringung von Asylbewerbern in eigenen Wohnungen, zumal dies den Konkurrenzkampf um bezahlbare kleine Wohnungen verschärft und sozialschwache Einheimische angesichts steigender Mietpreise und knappem Angebot weiter unter Druck setzt.

**Frank Stein** Integration geflohener Menschen kann in Gemeinschaftsunterkünften nicht wirklich gelingen. Eine erfolgreiche Integration setzt voraus, dass sie in einer Wohnung leben können, die u.a. auch ein Zugehörigkeitsgefühl zu unserer Gesellschaft vermittelt (z.B. gute Nachbarschaft). Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch Mangelware in Bergisch Gladbach; nicht nur geflohene Menschen, sondern auch viele andere Menschen mit geringem Einkommen haben deshalb erhebliche Probleme, Wohnungen zu mieten. Dies hat bereits jetzt zu einer sozialen Schieflage geführt.

Was ich entschieden ablehne ist, wenn Geflüchtete und anderen Wohnungssuchende gegeneinander ausgespielt werden. Das geschieht leider in der politischen Diskussion aus einer bestimmten politischen Richtung. Nicht die Wohnungssuchenden sind das Problem, sondern die Lage am Wohnungsmarkt, der nicht von den Wohnungssuchenden zu verantworten ist.

Die Schaffung von bezahlbaren und insbesondere geförderten Wohnungen ist deshalb eine der vordringlichen Aufgaben in der kommenden Ratsperiode.

Um dem Preis- und Verdrängungswettkampf auf dem Immobilienmarkt entgegenzuwirken, muss die Stadt ihr Vorkaufsrecht nutzen und Grundstücke in städtisches Eigentum bringen. Bei deren Vergabe müssen öffentliche und genossenschaftliche Bauträger besonders berücksichtigt werden.  
Wir müssen durch eine aktive Stadtentwicklung und neue Bebauungspläne folgende Schwerpunkte setzen: mindestens 30 % geförderten Wohnraum, bevorzugte Vergabe an Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Baukonzepte.

**2) Thema Flüchtlingshilfe:** Vielerorts werden Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit an kommunalen Entscheidungen beteiligt, bspw. im Rahmen eines Beirats oder Runden Tisches. Wie werden Sie Ehrenamtliche einbeziehen? Und welche Bedeutung messen Sie bspw. den Beschlüssen des Integrationsrats zu? Die Ausländerbehörde verfügt in verschiedenen Verwaltungsabläufen über bestimmte Ermessensspielräume. Das gilt u.a. bei der Anwendung von Bleiberechtsregelungen, der Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen und der Gewährung von Asylbewerberleistungen. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Ausländerbehörde das jeweilige Ermessen zugunsten der Betroffenen nutzt?

**CDU & Christian Buchen** „Mir ist bekannt, dass die ehrenamtlichen Kräfte, die ganz praktisch an die Dinge herangehen und dadurch viel Erfahrung in der Betreuungs- und Integrationsarbeit besitzen, in wichtige Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Die ehrenamtlichen Betreuer\*innen sind gut vernetzt und arbeiten mit den zuständigen Behörden eng zusammen. Die Verwaltung braucht die Erfahrungen aus dem Kreis der ehrenamtlich Tätigen und nutzt sie auch. Und: Ja, der Integrationsrat ist wichtig. Bei konstruktiver Arbeit hat er auch Einfluss. Die Ergebnisse aus den Sitzungen des Integrationsrates werden in unserer Fraktion stets gründlich diskutiert. Die Beschlüsse dieses Rates werden zudem im zuständigen Sozialausschuss behandelt; ggf. gehen sie danach auch in den Stadtrat.“  
„Die Ausländerbehörde ist beim Kreis angesiedelt, der damit für diese Frage der Ansprechpartner ist. Gleichwohl gibt es seitens der CDU-Fraktion gute Kontakte zu dieser Behörde, die zugunsten von Flüchtlingen genutzt werden. Landrat Stephan Santelmann ist in schwierigen Fällen, bei denen es um Bleiberechtsregelungen oder Beschäftigungserlaubnisse geht, stets persönlich ansprechbar.“

**SPD** Im Rahmen der Stadtteil- und Netzwerkarbeit werden Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit einbezogen und entscheiden mit. Für diese Stadtteil- und Netzwerkarbeit steht Geld im Haushalt bereit. Die Beschlüsse des Integrationsrates sind für uns bindend und wichtig. Sie werden von uns gestützt, mitgetragen und in deren Umsetzung vorangetrieben. SPD-Mitglieder kandidieren auch für den Integrationsrat und möchten sich verstärkt einbringen. SPD-Mitglieder haben sich aktiv an der Ausarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligt und unterstützen die Umsetzung. Die Mitglieder unserer SPD-Fraktion, achten im Rahmen ihrer Gremien-, Partei- und Ausschussarbeit darauf, dass die Ausländerbehörde prüft und zu Gunsten der Betroffenen entscheidet.  
Tragen Betroffene oder deren Betreuer, Probleme an uns heran, gehen wir diesen nach und unterstützen und achten auf eine Lösung zur Zufriedenheit. Wir sind offen für Anfragen. Der persönliche Austausch zwischen Stadt, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und unseren Stadtratsmitgliedern in der Vermittlerrolle ist hierbei ein Schlüsselfaktor.

**Grüne** Die Einbindung von ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Tätigen erfolgt im Rheinisch Bergischen Kreis über die Servicestelle „Integration durch das Ehrenamt“. Die GRÜNE Ratsfraktion freut sich über einen engen Austausch mit ehrenamtlich Tätigen - auch viele unserer Mitglieder sind hier aktiv - und ist immer offen für inhaltliche Anregungen oder konkrete Verbesserungsvorschläge. Kommen Sie in unsere Fraktion und sprechen Sie mit uns, wie wir sie am besten unterstützen können. Der Arbeit des Integrationsrat messen wir generell eine hohe Bedeutung bei zur Erreichung eines unserer wichtigen Anliegen: der Stärkung einer bunten Gesellschaft in Bergisch Gladbach.  
Die Entscheidungen der Ausländerbehörde trifft sie in den Grenzen der jeweiligen Ermessensspielräume, die durch Bundes- und Landesgesetze vorgegeben sind. Die Einhaltung dieser Grenzen kann nur von Verwaltungsgerichten kontrolliert werden.

**FDP** Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit sind auf kommunalpolitischer Ebene bei uns in der FDP sowie auch in anderen Parteien aktiv und unter den Ratsmitgliedern vertreten. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit und schätzen die Arbeit des kommunale Integrationszentrums, zu dessen wichtigsten Aufgaben die Vernetzung der haupt- und ehrenamtlichen Aufgaben gehört. Politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ist wichtig. Wir halten Informationsveranstaltungen für sinnvoll, um Migranten und Migrantinnen über Kommunalpolitik zu informieren und Möglichkeiten der Partizipation aufzuzeigen. Die Beschlüsse des Integrationsrates wurden bisher immer umgesetzt, wir werden dies auch in Zukunft unterstützen. Eine Fokussierung des Integrationsrates auf ausgewählte Themen halten wir für sinnvoll.  
Die Ausländerbehörde ist Kreisangelegenheit und dort Aufgabe der Verwaltung, die Kontrolle der Ermessensspielräume ist nicht Aufgabe der Kommunalpolitiker in Bergisch Gladbach. Bei unangemessenen Entscheidungen nehmen wir die Angelegenheit selbstverständlich mit unserer Kreistagsfraktion auf.

**AfD** Selbstverständlich müssen Kommunalpolitik und Verwaltung im Gespräch mit Ehrenamtlichen bleiben, die die Situation vor Ort kennen. Ein sogenannter „Runder Tisch“ wäre eine Option. Den Integrationsrat sieht die AfD kritisch. Integrationsräte sind fehlerhaft konzipiert, weil sie die Verschiedenheit der einzelnen Migrantengruppen von der deutschen

Bevölkerung betonen und so ihre Abgrenzung befördern. Integrationspolitisch können sie keinerlei Erfolge vorweisen und erreichen nicht einmal ihre eigene Zielgruppe, denn die Beteiligung an den Integrationsratswahlen ist verschwindend gering. Die Integrationsräte sind daher auch in keiner Weise repräsentativ – während die Selbstsegregation nach ethnischen Merkmalen im Land fortschreitet. Die AfD wird deshalb auch in Bergisch Gladbach für die Einrichtung eines Integrationsausschusses statt eines Integrationsrates eintreten. Damit stellt der Rat gemäß Gemeindeordnung den Ausschussvorsitz und der Ausschuss ist in die Beratungsfolge einbezogen. Die Richtlinien für die Integrationsausschüsse sind im Übrigen so zu gestalten, dass immer auch nach dem Beitrag der Migranten zur Integration (Bringschuld) gefragt wird.

Gar nicht. Die AfD fordert eine klare Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl. Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung, aller Ausreisepflichtigen.

**Frank Stein** Im Rahmen der Stadtteil- und Netzwerkarbeit werden Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit einbezogen und entscheiden mit. Für diese Stadtteil- und Netzwerkarbeit steht Geld im Haushalt bereit. Die Beschlüsse des Integrationsrates sind für mich dabei von sehr großer Bedeutung.

Haben Betroffene oder deren Betreuer im Integrationsprozess Probleme, so müssen wir diesen nachgehen und unterstützen. Der persönliche Austausch zwischen Stadtgesellschaft und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist hierbei ein Schlüsselfaktor. Als Bürgermeister helfe ich dabei sehr gerne.

**3) Thema Ausbildung und Arbeit:** Welche Unterstützungsmaßnahmen können Sie anbieten damit Geflüchtete ihre persönlichen Potenziale in den Arbeitsmarkt einbringen können? Wie werden Sie sicherstellen das zukünftig genügend Kapazitäten für Sprachkurse, speziell für Frauen mit Kindern (u.a. durch Kinderbetreuung) angeboten werden.

**CDU & Christian Buchen** „Auch dabei ist das ehrenamtliche Engagement entscheidend - die Zusammenarbeit mit den Kirchen, mit der Initiative „Neue Nachbarn“. Die Kontakte zu freien Trägern und Helfer-Initiativen sind gefragt; die Sozialarbeiter des Sozialamtes werden tätig.“

„Einen einfachen Sprachkurs für Menschen auf der Flucht oder Flüchtlingskinder kann - auf unentgeltlicher Basis - jede Initiative, z.B. die Caritas, anbieten, auch geeignete Einzelpersonen. Offizielle Sprachkurse, deren Kosten (einschließlich Kinderbetreuung) das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) trägt, sind leider nur in wenigen Schulen möglich, in Bergisch Gladbach sind das beispielsweise die Schule Küster und das Katholische Bildungswerk. Wir setzen uns dafür ein, weitere Anbieter zu gewinnen, um eine Kinderbetreuung zu ermöglichen. Die CDU spricht über diese Problematik mit den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport (BKSS). Ebenfalls sind wir mit dem Leiter des Jobcenters im Gespräch. Dabei geht es um neue Ideen und Alternativen, um Frauen mit Kindern die Teilnahme an einem Integrationskurs zu ermöglichen.“

**SPD** Bei Anfragen unterstützen wir aus den persönlichen Ressourcen und Netzwerken heraus, um einzelne Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen.

Durch unsere Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH unterstützen wir die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt, wenn dort Geflüchtete an Arbeit herangeführt werden.

Durch den EX AZUBITREFF der GL Service gGmbH – der von der Stadt finanziell durch Pauschalen unterstützt wird – werden Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Berufssuche unterstützt.

Sprachkurse für Frauen mit Kinderbetreuung werden im Katholischen Bildungswerk Rheinisch-Bergischer Kreis und in der KiWo in Bensberg durchführt. Auch dafür stellen wir Geld im Haushalt ein.

Wir freuen uns besonders, dass das Projekt AnBe durch Frauen helfen Frauen e.V. weiterhin aktiv sein kann. Für uns als SozialdemokratInnen ist es wichtig, dass Projekte für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erhalten bleiben und gestützt werden.

**Grüne** Die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt fällt in den alleinigen Zuständigkeitsbereich der JobCenter, die Kommunalpolitik kann hier keinen Einfluss nehmen. Wir unterstützen auch in diesem Bereich die Arbeit ehrenamtlicher Beratungsangebote, bei denen sich Geflüchtete zum Beispiel zu den Möglichkeiten der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse erkundigen können.

Die Kapazitäten richten sich grundsätzlich nach dem Bedarf, die jeweiligen Bedarfe unterliegen starken Schwankungen (zum Beispiel auch bedingt durch die Corona-Pandemie). Die Träger von Integrationskursen können sich an die Koordinierungsstelle des Rhein Bergischen Kreis wenden. Das Problem, dass Räume für die Kurse und gleichzeitig für Kinderbetreuung fehlen ist uns und unserem Bürgermeisterkandidaten Herrn Stein bekannt und nehmen dies gerne mit als eine zu lösende Aufgabe für die nächste Legislatur.

**FDP** Bereits 2016 haben wir einen Antrag in den Rat eingereicht, der sich mit der sofortigen Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt befasst. Die vielfältigen Ideen Arbeitgeber vom Potential geflüchteter Menschen zu überzeugen muss die Stadt nutzen. Es bedarf bei Arbeitgebern Bereitschaft Flexibilität zu zeigen, wenn es um die zeitliche Vereinbarkeit von Beruf/Sprachschule und Kinderbetreuung geht. Verbesserungen im Bereich Kinderbetreuung haben für die FDP generell

höchste Priorität und sind Voraussetzung zur Einbringung der persönlichen Potentiale in den Arbeitsmarkt. Anzustreben sind Möglichkeiten zum kombinierten Lernen, Deutschunterricht parallel zu (Teilzeit-) Arbeit beim künftigen Arbeitgeber. In Bergisch Gladbach bieten zahlreiche Kursträger diverse Integrationskurse an. Die Kapazitäten sind derzeit eher nicht ausgelastet und könnten bei Bedarf leicht erhöht werden. Kommunale Sprachkursangebote als Ergänzung zu den Integrationskursen fördern wir. In der Vergangenheit gab es das Projekt, Deutschkurse für Migrantinnen in bzw. in der Nähe der Kita ihrer Kinder anzubieten. Für eine Fortführung bzw. Wiederaufnahme dieses Projekts machen wir uns stark.

**AfD** Grundsätzlich muss auch hier zwischen Bleibeberechtigten und Ausreisepflichtigen bzw. zwischen Asyl als temporäres Recht und legaler Erwerbsmigration unterschieden werden. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen. Zuwanderer stehen in erster Linie in der Bringschuld, Sprache und Kultur der neuen Heimat zu erwerben, um auch auf dem Arbeitsmarkt reüssieren zu können. Die Stadt soll ausreichend Sprachkurse bereitstellen. Temporär Bleibeberechtigte und Ausreisepflichtige sollen auf eine Rückkehr in die Heimat und den Aufbau einer Zukunft vor Ort vorbereitet werden.

Zunächst muss der tatsächliche Bedarf für solche Kurse ermittelt werden. Die AfD lehnt eine aufgeblähte „Sozial- und Betreuungsindustrie“ ab. Auf höherer Ebene (Bundestag, Landtag) setzt sich die AfD für die Unterbindung illegaler Migration und gegen den Missbrauch des Asylrechts ein, was den Bedarf an Integrationsangeboten in den Kommunen zwangsläufig weiter steigen lässt. Sofern zwischen Bleibeberechtigten und Ausreisepflichtigen unterschieden und ein realistischer Bedarf an Sprachkursen und Kinderbetreuung ermittelt wurde, soll der Bergisch Gladbacher Haushalt die finanziellen Mittel für diese selbstverständlich bereitstellen.

**Frank Stein** Schlüssel zum Zugang zum Arbeitsmarkt ist die Sprache. Deshalb unterstütze ich alle Angebote und Maßnahmen, um den Geflüchteten und auch anderen Arbeitssuchenden mit Migrationsgeschichte beim Erlernen der deutschen Sprache zu unterstützen. Es gibt diese Maßnahmen mittlerweile in großer Zahl und ich appelliere an alle, diese auch zu nutzen.

Die Corona-Pandemie hat auch hier große Probleme verursacht und ich hoffe sehr, dass diese Angebote sehr bald wieder in den Normalbetrieb zurückkehren können.

Durch die städtische GL Service gGmbH unterstützen wir die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt. Durch den EX AZUBITREFF der GL Service gGmbH – der von der Stadt finanziell durch Pauschalen unterstützt wird – werden Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Berufssuche unterstützt. Sprachkurse für Frauen mit Kinderbetreuung werden im Katholischen Bildungswerk Rheinisch-Bergischer Kreis und in der KiWo in Bensberg durchführt. Auch dafür stellen wir Geld im Haushalt ein. Besonders freue ich mich darüber, dass das Projekt AnBe durch Frauen helfen Frauen e.V. weiterhin aktiv sein kann.

Ich denke, auf diesen guten Strukturen können wir aufbauen. Ich werde mich als Bürgermeister sehr gerne dafür einsetzen.

## Allgemeine Antwort der **FWG**

[..] Wie Sie vielleicht wissen, haben wir uns im letzten Jahr neu gegründet und treten erstmals zur Kommunalwahl an. Wir möchten ganz offen sein: Um uns mit den von Ihnen aufgeworfenen Fragen vertraut zu machen, brauchen wir etwas Zeit und vor allen Dingen auch Rückkopplung mit der Stadt- und Kreisverwaltung. Das ist derzeit schwierig, weil die Kommunalwahl unmittelbar bevorsteht.

Wir möchten aber eben nicht einfach pauschal und unverbindlich antworten, sondern uns zunächst Expertise einholen. Dafür bitten wir um Verständnis.

Dass Integrationsaufgaben eine besondere Herausforderung für alle bedeutet, müssen wir gerade Ihnen gegenüber nicht besonders betonen. Allerdings sind diese Aufgaben nicht auf die Kommune beschränkt, die unseres Erachtens zu oft von Land und Bund gerade bei sozialen Aufgaben allein gelassen wird.

Zu einem Punkt möchten wir aber doch etwas sagen: Die FWG ist keine Partei, sondern eine Wählergemeinschaft aus Bürgerinnen und Bürgern „wie du und ich“, die am Wohl der Stadt und der Gesellschaft ohne Parteibuch mitwirken wollen. Dazu gehört quasi als unsere DNA die Einbeziehung von Ehrenamtlichen, Menschen ohne Parteibuch und Bürgerinitiativen in die Entscheidungsprozesse. Wir sprechen uns für Bürgerbeteiligung und für die Schaffung eines Leitfadens dafür auf jeder Ebene aus. Gleichzeitig ist uns aber auch klar, dass in einer pluralistischen Gesellschaft eine Repräsentativität der Bürgermeinungen, die ja sehr unterschiedliche sein können, hergestellt werden muss, z.B. über Beiräte und eben ein vorgegebenes Regelwerk. Auch muss akzeptiert werden, dass am Ende die gewählten Mandatsträger eine Entscheidung treffen müssen. Wir hoffen, in der kommenden Wahlperiode dabei aktiv mitwirken zu können.

Die E-Mails mit den Antworten wurden wie folgt unterzeichnet:

CDU - Christian Buchen, Dr. Michael Metten

SPD - Vera Werdes

Grüne - Theresia Meinhardt

FDP - Dorothee Wasmuth

AfD - Carlo Clemens

FWG - Benno Nuding